

Ein Oberhaupt ohne Visionen

Zu: „Präsident ‚Weiter so‘“, FR-Meinung vom 14. Februar

Steinmeier entspricht den Wünschen der Mehrheit

Sehr geehrter Herr Hebel, Sie bedauern, dass der wiedergewählte Bundespräsident für ein „Weiter so“ und nicht für den von Ihnen befürworteten radikalen Wandel, eine „grundlegende Änderung“ der gesellschaftlichen Zustände“ steht. Wo existiert eine Mehrheit für eine derartige radikale Änderung? Die Linke, die im Parteienspektrum noch am ehesten für einen radikalen Wandel eintritt, wäre ohne fragwürdige Wahlklausel mit gerade mal drei Abgeordneten im Bundestag; bundesweit bekam sie nicht mal fünf Prozent. Im Osten ist sie von der AfD als Regionalpartei abgelöst worden. Die Ausnahme Thüringen (dank Pragmatiker Ramelow) bestätigt die Regel. Und die Grünen wurden bei der Wahl brutal aus ihren Kanzlerschaftsträumen gerissen und kamen auf knapp 15 Prozent. Somit ist höchstens ein Viertel der Wähler zu einer „entschiedenen sozio-ökologischen Transformation“ bereit. Die überwältigende Mehrheit wünscht allenfalls maßvolle Veränderungen. Dieser Mehrheit entspricht Steinmeier vollkommen.

Auch Ihre Kritik an seinem früheren Verhalten ist unverständlich: Was soll skrupellos daran sein, dass er 2009 nach dem Vorsitz der SPD-Fraktion griff? Angela Merkel tat es 2002 auch. Der Fraktionsvorsitz ist nun mal der wichtigste Posten einer Oppositionspartei. Und was ist daran zu beanstanden, dass er 2017 die SPD zur großen Koalition drängte? Eine andere mehrheitsfähige Regierung gab es nicht.

Hans-Christoph Otto, Schwalbach

Schöne Reden über die Demokratie

Während die meisten Zeitungen des Lobes voll sind über Steinmeiers Wiederwahl, bringt Ste-

phan Hebel dessen entscheidende Schwäche auf den Punkt: die Unfähigkeit, soziale Probleme in ihrer Tragweite zu erkennen. Zwar deutete Steinmeier eine Zusammenarbeit mit Gerhard Grabert an, der sich engagiert und selbstlos der Obdachlosen annimmt, aber wie weit wird das reichen? Steinmeier ist und bleibt, das hat Stephan Hebel klar erkannt, ein Exponent des Neoliberalismus, der zwar schöne Reden über die Demokratie halten kann, aber keine Visionen hat, die in eine ökosoziale Zukunft weisen.

Ingeborg Gerlach, Braunschweig

Mitverantwortlich für den Hartz-IV-Unsinn

Wir haben zurzeit vorwiegend Machtpolitiker am Regieren, die sich nebst Steinmeier mit den unzulänglichen sozial-ökologischen Zuständen eingerichtet haben. Unser Bundespräsident könnte ruhig mal zugeben, dass er in seinen Kanzler-Schröder-Jahren den Unsinn mit Hartz IV mitverzapft hat! Sein neoliberales FDP-Gehabe wird immer noch lieber gesehen, als mit den geläuterten Linken zu regieren, sowohl in Frankfurt als auch in der Bundesrepublik. Eine FDP, die noch nicht mal eine überall auf der Welt installierte Geschwindigkeits-Begrenzung auf Autobahnen zulassen will, die immer noch auf dem vorsintflutlichen Standpunkt steht: Freie Fahrt für freie Bürger. So kommen wir als Gesellschaft nicht in die notwendige Verkehrswende. Ganz zu schweigen vom ökologischen Unsinn, den die FDP sonst noch verzapft. Also auf zu einer politischen Mehrheit ohne die neoliberale FDP. Eine „Ruck-Rede“, die sich mit Wohnungslosen, Armen und Hartz IV beschäftigt, wäre angemessen gewesen.

Oskar Voigt, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/buprae-2022

Noch immer nix geschafft

Ampel: „Das eine Wort, das der Kanzler nicht sagt“, FR-Politik vom 9. Februar

Man fragt sich doch wirklich, was treiben die da eigentlich? Jetzt ist der Scholz schon zwei Monate im Amt und ist nicht in der Lage, die paar Probleme wie Covid, Ukraine, Nord Stream zu lösen. Ach was schön wäre es doch, wenn wir den Markus als Kanzler hätten, der gerade wieder mit seiner besonnenen Corona-Politik in Erscheinung tritt. Oder besser noch den Merz, der erfolgreich den Brinkhaus in die Wüste geschickt hat und dafür bei Maischberger ernsthaft zum Sieger der Woche ausgerufen wurde.

Und der Habeck, der es einfach nicht schafft, mal eben schnell ein paar Windräder mehr aufzustellen und nun auf Gas als Übergangslösung zurückgreift. Aber die gesamte EU ist doch für die grüne Atomkraft! Nur wir müssen wieder ausscheren mit unserer Klimapolitik, über die angeblich die ganze Welt lacht. Erstaunlich nur, dass Frankreich, das fast

ausschließlich auf Atomkraft setzt, zuletzt viel Strom aus Deutschland bezogen hat.

Und in der Ukraine-Krise will Amerika selbstverständlich den starken Partner, der auch mal Waffen liefert und selbstlos auf Nord Stream 2 verzichtet. Da heißt es klare Kante zeigen, Herr Scholz, und Panzer in die Ukraine schicken. Ob das deeskalierend wirkt, ist völlig egal. Hauptsache wir haben den Putin in seine Schranken verwiesen. Dass sich Biden und Scholz gut verstanden haben, wird als Minimum vorausgesetzt.

Trotz der einseitigen Berichterstattung sind die Meinungsumfragen, die Ukraine betreffend, eindeutig: Rund 70 Prozent der Menschen sind laut ARD-Deutschlandtrend gegen Waffenlieferungen an die Ukraine. Das gibt Anlass zu Hoffnung!

Sigrüd Rienacker, Dreieich

Diskussion: frblog.de/neunwochen



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zurschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zurschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20220214

Auftrieb für Nationalisten

Zu: „Was wir verteidigen“, FR-Meinung v. 7.2., u. „Mit Putin reden“, FR-Politik v. 14.2.

Weitere Spielräume für die Diplomatie

Stephan Hebel rückt in seinem Artikel die verbreiteten Vorurteils-Klischees gegenüber Russlands Ukraine-Politik zurecht. Es ist kein Verrat an den westlichen politischen Werten der Freiheit und Demokratie, wenn deren „Export“ (Herfried Münkler) nicht zum Leitbild der Außenpolitik gemacht, sondern versucht wird, Interessenlagen der anderen Seite zu erkunden und zu berücksichtigen. Ist dies nach 1990 hinreichend geschehen? Mitnichten. Die Osterweiterungen der Nato stützten sich auf den freien Entscheid der beigetretenen Staaten – richtig. Aber wie mussten sie auf Russland wirken?

Ein kontrafaktisches Gedankenspiel: Die USA erleben eine Schwächeperiode, Florida spaltet sich ab und Russland strebt ein Bündnis mit dem „souveränen Florida“ an. Wie würde Washington reagieren? Man denke an die Kubakrise 1962. Angesichts der historischen Vergangenheit finde ich die Anwesenheit einer – wenn auch kleinen – deutschen Panzerereinheit in Litauen nicht sehr „taktvoll“. Da sollte man nicht immer auf den bösen Putin schimpfen; das verengt den Blick auf das Gesamtproblem. Und dass Scholz sich nicht mit vorschnellem Geplapper in die internationale Szenerie gedrängt hat, war richtig. Es lässt der Diplomatie weitere Spielräume. Ich hoffe, er passt gut auf Frau Baerbock auf. Sie kann von ihm lernen!

Günter Dombert, Biedenkopf

Die Russen haben Gründe für ihr Misstrauen

Endlich mal ein Artikel in der FR, der eine andere Perspektive aufzeigt als die, die uns zurzeit über die Spannungen in Osteuropa von deutschen Politikern Tag für Tag angeboten wird, nämlich

Russland als Verursacher der angespannten Lage zu beschuldigen. Haben diese Politiker nicht im Sinn bzw. sogar vergessen, dass Hitlerdeutschland 1941 Russland überfallen hat, obwohl am 28.9.1939 ein deutsch-sowjetischer Grenz- und Freundschaftsvertrag abgeschlossen worden war? Und dass Russland bei weitem die größten Verluste im Zweiten Weltkrieg zu beklagen hatte? Wozu braucht die Nato die Ukraine? Wozu muss die Nato Manöver in den an Russland angrenzenden Ländern durchführen? Wozu wurden Raketen aufgestellt? Haben von daher die Russen nicht genug Grund, misstrauisch zu sein? Darum sollte unsere Außenministerin doch wissen und darüber in der Öffentlichkeit sprechen und nicht stereotyp sich US-amerikanischen Äußerungen und Bewertungen anschließen.

Johannes Johannsen, Darmstadt

Putins geniale staatsmännische Leistung

Ein Wort zur sogenannten „russischen Staatsräson“: Eine solche Rason interpretiert überall auf der Welt, wer jeweils die Staatsmacht innehat. Für Putin erlauben staatsbürgerliche Freiheiten und menschenrechtliche Garantien den Zerfall der Staatseinheit, also sind sie abzuschaffen. Merkwürdig ist nur: Putins Politik in und mit Russland hat dem ukrainischen Nationalismus einen Auftrieb verschafft, wie es ihn zuletzt vor 100 Jahren gegeben hat. Wenn jetzt 60 Prozent der ukrainischen Bevölkerung den Eintritt in die Nato wünschen und wohl noch mehr kein Zurück in einen großrussischen Staatsverband, ist das die geniale staatsmännische Leistung des russischen Staatschefs.

Jürgen Kasiske, Hamburg

Diskussion: frblog.de/neunwochen

Heizen mit Holz ist effizient

Feinstaub: „Stadtluft ist besser geworden“, FR-Panorama vom 11. Februar

Dirk Messner, Präsident des Umweltbundesamts, spricht von enormen Fortschritten in der Luftreinhaltung. Wie die Feinstaubreduktion in den Städten und bundesweit außer durch die Dieselkrise zustande gekommen ist, wird nicht weiter geklärt. An den Stickstoffdioxid-Grenzwerten für den Straßenverkehr sei seit 20 Jahren nicht gearbeitet worden.

In Bezug auf das Heizen mit Holz ist die Situation anders: Seit 2010 wirkt die Novelle der 1. Bundes-Immissionsschutz-Verordnung (BImSchV) mit stufenweise gesenkten Grenzwerten. Dass diese Novelle bei den Fortschritten in der Luftreinheit nicht genannt wird, stimmt nachdenklich: Die Tatsache, dass Holzheizungen mit Warmwasserbereitung bereits alle zwei Jahre peinlichst genau und für die Betreiber kostenintensiv gemessen werden, passt einfach nicht zum pauschal formulierten Abschied vom Heizen mit Holz.

Ein Holzheizungskessel arbeitet in Verbindung mit einer Thermo-Solaranlage äußerst effizient und kann im Sommerhalbjahr komplett abgeschaltet werden. Wasser strom- oder gasbetrieben zu erhitzen, ist vor dem Hintergrund, dass wir die für die Energiewende benötigte Strommenge nicht selbst produzieren können, klimaschädlich. Dort, wo es mit Solarthermie und Biomasse Alternativen gibt, sollten wir diese weiterhin nutzen. Die Feinstaubbelastung darf dabei natürlich nicht steigen, das ist aber durch den Betrieb auch zusätzlicher Holzpellets- und Scheitholzheizung nicht zu erwarten, sie unterliegen der 1. BImSchV. Eine andere Rolle spielen Holzöfen, die bei miserabler Effizienz nur Abwärme liefern und den Himmel verschleiern. Wir sollten auf den Hausdächern vor lauter Photovoltaik die Thermo-Solaranlage nicht vergessen.

Armin Leib, Otzberg

FR ERLEBEN

Oliver Teutsch liest im Rahmen der Veranstaltung „Der lange Tag der Bücher“ aus seinem Roman „Die Akte Klambautermann“. Es geht um die turbulente Entstehung des Bestsellers „Jeder stirbt für sich allein“ von Hans Fallada. Die Lesung moderiert der Verleger Axel Dielmann. Kostenlose Tickets gibt es bei addicket.de.
Sonntag, 20. Februar, 16 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit Frankfurts Umweltdezernentin Rosemarie Heilig (Grüne) über den Kampf gegen den Klimawandel in der Stadt. Anmeldung/Platzreservierung über Formular, Teilnahme per Video: <http://www.club-voltaire.de/video>
Montag, 21. Februar, 19 Uhr,
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt